0341 . 30 68 235

GAMMA

16/03
18.September 2003
#139

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Deutsche Flüchtlingspolitik

Plauen. Die Stadt plant die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs für AsylbewerberInnen – die Chipkarte. Das heißt für die Betroffenen, daß sie das, was sie täglich brauchen, nicht mehr in Billigdiscountern vor der Haustür einkaufen dürfen, sondern teurere Supermärkte nutzen müssen. Zudem kann die Ausländerbehörde kontrollieren, was gekauft wurde. Wer etwa eine Flasche Wein kauft, kann belangt werden: der Erwerb von Alkohol ist den Flüchtlingen verboten. Unter anderem wegen dieser diskriminierenden Überwachungsmechanismen ist das Chipkartensystem z.B. in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile abgeschafft worden. In Plauen gab es bisher verschiedene Verfahren für die Bewohner von Sammelunterkünften und für jene wenigen Familien, die eine Wohnung zugewiesen bekommen haben. Während im Asylbewerberheim bis heute Lebensmittelpakete mit teils überlagerten und oft überteuerten Produkten verteilt wurden, bekamen die Flüchtlinge mit einer Wohnung bislang Bares für Essen und Bekleidung auf die Hand. Damit ist jetzt Schluß. Pierre Grasse, der Chef der Ausländerbehörde, ordnete die Verteilung von Chipkarten an die Betroffenen an. (jW 16.9.)

Worbis, 4.9. Es fand der dritte und letzte Prozesstermin gegen Cornelius Yufanyi wegen Residenzpflichtverstoßes statt. 80 Menschen hatten sich zu Kundgebung und Prozessbeobachtung vor dem Amtsgericht eingefunden, 40 passten in den Verhandlungssaal. Der Prozess endete mit einer Verurteilung zu 15 Tagessätzen a 10 Euro, weil Cornelius eine Einstellung des Verfahrens ablehnte; Freispruch war seine Forderung. Der Tag endete mit einer lautstarken Demonstration durch das kleine Worbis, dort dürften mittlerweile viele Leute das rassistische Sondergesetz kennen. Der Rechtsanwalt hatte die Aussetzung und die Befassung des BVerfG zwecks Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Residenzpflichtgesetzes beantragt. Das Gericht lehnte ab, weil das BVerfG schon früher einmal die Residenzpflicht als verfassungskonform angesehen hat. Die Anwälte kündigten Berufung an und wollen evtl. bis zum Europäischen Gerichtshof gehen.

Berlin, 30.8. Trotz heftiger Proteste hat der Berliner Senat den kongolesischen Asylbewerber Raphael Batoba nach elfjährigem Aufenthalt in Deutschland in sein Herkunftsland abgeschoben. Batoba sei inzwischen in Kongo inhaftiert worden, teilte die Berliner Initiative gegen Abschiebehaft mit. Die Abschiebung erfolgte am Aktionstag, an dem Flüchtlingsinitiativen gegen Abschiebungen protestierten. (FR 2.9.)

NRW. Der '33jährige Türke, der sich Ende Juli auf der Ausländerbehörde in Rheda-Wiedenbrück (Nordrhein-Westfalen) anzündete, ist nach Aussagen der Polizei vom 21. August noch immer in Lebensgefahr. (JW, 33/03) Der Mann sei nach mehreren Operationen ins Koma gefallen.

Cloppenburg. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl hat ein Urteil des Amtsgerichts im niedersächsischen Cloppenburg als "Freibrief zum Aktenfälschen" gerügt. Ein Beamter der dortigen Kreisverwaltung hatte einem abgelehnten Asylbewerber frei erfundene Personendaten zugeschrieben, um ihn leichter abschieben zu können. Das Amtsgericht hält dieses Vorgehen jedoch nicht für strafbar. Obwohl der 35-Jährige das Erfinden der Daten einräumte, sprach das Schöffengericht ihn kürzlich frei (Az.: 3 Ls 131 Js 35096/00). Sogar die Staatsanwaltschaft hatte am Ende des Prozesses auf Freispruch plädiert. (FR 5.9.)

In einem anderen Fall dagegen – in **Göttingen –** , in dem der ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde vorgeworfen wurde, Dokumente von russischen Einwanderern als echt bezeichnet zu haben, ging die Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch in Berufung. (Welt 9.9.)

Antisemitismus

Efringen-Kirchen (BaWü). Noch unbekannte Täter haben auf dem jüdischen Friedhof den Eingangsbereich und 45 Gräber oder Grabsteine mit Farbstiften mit Hakenkreuzen oder den Worten "Heil Hitler" beschmiert. (Badische Zeitung 17.9.)

Berlin. Die Amadeu Antonio Stiftung verweist angesichts des verhinderten Bombenanschlages auf die Baustelle des jüdischen Gemeindezentrums in München (s.u.) auf eine zunehmende Bedrohung jüdischer Bürgerinnen und Bürger sowie jüdischer Einrichtungen aus der rechtsextremen Szene in Deutschland. Die Stiftung beobachtet seit Beginn der zweiten Intifada in Israel, spätestens seit dem 11. September 2001 ein Ansteigen antisemitischer Gewalttaten in Deutschland. Dass dies keineswegs nur eine Erscheinung aus der rechtsextremen Szene ist, belegen jüngste Untersuchungen zu antisemitischen Einstellungsmustern. So stimmten einer Studie zufolge, die im Auftrage des American Jewish Committee Deutschland im Oktober 2002 durchgeführt wurde, 40 % der Bevölkerung der Aussage zu "Juden hätten zu viel Einfluss auf das Weltgeschehen". Das Bundesamt für Verfassungsschutz verzeichnet im letzten Jahr ein Ansteigen der Gewalttaten mit antisemitischem Hintergrund um mehr als 50%.

Naziübergriffe

München. Da in allen Medien über den Vorfall berichtet wird, hier nur kurz der Vollständigkeit halber: Nachdem Nazis im Juli einen ausstiegswilligen Kameraden verprügelt hatten, ermittelte die Polizei in München im Umfeld des "Aktionsbüro Süddeutschland". Dabei stießen sie im September auf mehrere Waffen und ca. 14 kg Sprengstoff, darunter 1,7 kg TNT. Möglicherweise planten die RechtsextremistInnen einen Bombenanschlag auf die Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums. Es kommen aber auch noch einige weitere Ziele in Betracht.

Mehr als 10 Nazis wurden inhaftiert, darunter Martin Wiese und als bisher letzte eine 17jährige Frau. Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Bayerns Inneminister Beckstein spielte herunter: man müsse zwar von einem "Rechtsterrorismus" ausgehen, allerdings äußerte er Zweifel, ob der von den Nazis geplante Anschlag Menschen galt. Möglicherweise habe der Anschlag schon vor der geplanten Grundsteinlegung verübt werden sollen.

Intensive Kontakte zu der Kameradschaft Süd pflegt die Neonazi-Organisation Fränkische Aktionsfront (FAF), die vornehmlich im Raum Nürnberg aktiv ist. Die enge Zusammenarbeit der FAF mit den Münchner Neonazis um den jetzt verhafteten Martin Wiese dauert seit etwa eineinhalb Jahren an. Dafür wurde eigens eine sog. AG Bayern gegründet, in der sich einerseits die FAF und andererseits das Nationale Infotelefon Bayern und die oben erwähnte Kameradschaft Süd zusammengefunden haben. Es wurden Kaderschulungen geplant und sich im Aufbau befindliche Neonazi-Strukturen in ganz Bayern unterstützt.
Gute Verbindungen bestehen auch nach Regensburg (Burschenschaftler und Naziliedermacher Michael Müller) und nach Senden/Neu-Ulm (Stefan Winkler, „Demokratie jetzt"-Roland Wuttke). Da dort öfters Naziveranstaltungen durch die Stadt unterstützt würden, gibt's dort am 20.9. (Gamma 15/03) auch eine Demo. (www.ulm.antifa.net) (garfield 18.9., taz 15.9.)

München. Zu elft haben Naziskins in München einen 55jährigen US-Amerikaner angegriffen. Der Mann konnte sich mit einem Verkehrsschild verteidigen, bis die Polizei eingriff.
Die stark alkoholisierten TäterInnen hätten die Polizisten attackiert, den Streifenwagen demoliert und seien zunächst geflüchtet. Später seien die elf Neonazis festgenommen worden. Noch auf der Wache seien sie erneut gewalttätig geworden, bei Rangeleien seien zwei von ihnen verletzt worden. Eine schwangere Frau wurde wieder freigelassen, acht der Rechtsextremisten waren zunächst nicht vernehmungsfähig. (garfield 18.9., taz 15.9.)

Großbreitenbach (Ilmkreis), 13.9. Ein Pärchen ist von Nazis angegriffen worden. Einige der mutmaßlichen Täter sind nach Polizeiangaben teilweise einschlägig vorbestraft. Die vier Haupttäter wurden vorläufig festgenommen. Ein Großteil der Täter kam aus Schleswig-Hollstein.

Remshalden, 11.9. Nach einem Überfall auf ein Ausländerwohnheim hat die Polizei fünf Nazis festgenommen. Die Verdächtigen im Alter zwischen 32 und 16 Jahren sollen in der Nacht zum Donnerstag mehrere Asylbewerber mit einem Messer und abgebrochenen Flaschen bedroht haben, teilte die Polizei Waiblingen mit. Vier der Männer seien polizeibekannt. Die Staatsanwaltschaft hat Haftbefehl beantragt. (Rhein-Neckar-Ztg. 12. 9.)

Berlin, 6.9. Ein türkischer Gemüseverkäufer wurde von zwei 25 und 26 Jahre alten Deutschen erst fremdenfeindlich beschimpft und danach mit leeren Bierflaschen attackiert. Einer der Täter war Freigänger. Er mußte im Krankenhaus behandelt werden.
In der Nacht zum **7.9.** wurde ein 24jähriger iranischer Angestellter eines Backshops im Stadtteil Treptow von vier Männern erst beschimpft und danach getreten und geschlagen. Er erlitt schwere Verletzungen an der Hand und am Kopf, verlor zeitweise das Bewusstsein. (FR 8.9., Berl. Morgenpost 8.9.)

Friedrichsdorf, 6.9. Unbekannte Täter haben während eines "Rock-gegen-Rechts"-Konzerts vier Autos von KonzertbesucherInnen beschädigt. Nach Angaben der Polizei wurden dabei Reifen zerstochen und bei einem der Fahrzeuge die Heckscheibe eingeschlagen. Die beschädigten Autos waren entweder mit ‚Anti-Nazi'-Aufklebern versehen oder den Nazis als Autos von Antifaschistinnen und Antifaschisten bekannt, erklärten Antifas. (FR 8.9.)

Hennigsdorf, 3.9. Ein Nazi verübte einen Brandanschlag auf die Imbissbude eines Türken. Bei dem Täter handelt es sich um Karsten Giese, den ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen rechtsextremistischen Organisation Kameradschaft Oberhavel und Schatzmeister des Nationalen Vereins. Giese warf einen Molotow-Cocktail in den Imbiss. Schon am Nachmittag hatte er versucht, einen Anschlag zu verüben, was Angestellte verhindern konnten. Nach Giese wird noch gefahndet. (JW 10.9.)

Braunschweig. Fünf Polizeibeamte sollen einen 31-jährigen Nigerianer Ende August schwer misshandelt haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung. Behördensprecher Klaus Ziehe bestätigte, dass der Schwarzafrikaner mehrere Blutergüsse und Schürfwunden davon getragen habe. Die Polizei ihrerseits zeigte – wie in solchen Fällen üblich – den Mann wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung an.
Der Nigerianer berichtete, eine Streifenwagenbesatzung habe ihn wegen eines angeblichen Tempoverstoßes angehalten. Sein Wagen sei ergebnislos nach Kokain durchsucht worden. Trotzdem sei er zum Revier mitgenommen worden. Dort habe er sich in einem dunklen Raum nackt ausziehen müssen. Anschließend sei er nach einem Tritt zu Boden gefallen und dort von fünf Beamten getreten, gefesselt und als "Nigger" beschimpft worden. Danach sei er nackt in einem Polizeiwagen zu einem anderen Revier gefahren worden, wo man ihn erst um Mitternacht entlassen habe. Die Polizei bestreitet die Darstellung. (FR 11.9.)

Ludwigshafen. Ein Nazi griff in der Nähe von Protestaktionen gegen eine Bundeswehrausstellung an einer Haltestelle einen Jugendlichen an und bedrohte ihn mit einem Messer. Die Polizei nutzt nun die Gelegenheit, die Zeugen jenes Vorfalls darüber auszufragen, wer denn bei den Protestaktionen dabei gewesen sei. Ziel ist die Kriminalisierung der AntimilitaristInnen wegen Landfriedensbruchs.

Berlin, 25.8. Ein 41jähriger Mann beschimpfte in Kreuzberg von seinem Balkon aus zwei Türken und zeigte ihnen den Hitlergruß. Nach Angaben der Berliner Zeitung nahm die Polizei den Mann fest.

Bitterfeld, 23.8. Vier jugendliche Rechtsextremisten griffen einen Afrikaner an. Nach einem Bericht der Dessauer Polizei sei der Ingenieur am Abend mit dem Zug aus Berlin zurückgekehrt, als die Neonazis ihn vor dem Bahnhof beleidigten und auf ihn einschlugen. Außerdem entwendeten sie den Aktenkoffer des Mannes. Daraufhin floh er zurück in das Bahnhofsgebäude, wo ihm ein 25jähriger zu Hilfe kam.

Naziaktivitäten und Gegenaction

Gera, 14.9. Im stadteigenen Kulturzentrum „Comma" fand eine Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen statt, auf der der momentan der Volksverhetzung angeklagte Paul Latussek sprach.

Nürnberg, 6.9. Statt der erwarteten 800 kamen zu Gerd Ittners pompös angekündigtem sechseinhalb-Kilometer-Aufmarsch nur 120 Nasen. Und dann durften sie nicht die erhoffte Reichsparteitagsstrecke laufen, sondern nur eine Kundgebung abhalten. Und zu dieser stießen dann zu allem Überdruß auch noch die 1.500 TeilnehmerInnen einer von Gewerkschaften, PDS und autonomen Gruppen organisierten Demo und der von den Rathausparteien veranstalteten Protestveranstaltung mit OB Ulrich Mali. So mußten die Birnen unter Ittner und Christian Worch dann ihre Redebeiträge im Pfeifkonzert von 2.500 Menschen untergehen hören und zogen unter Buhrufen wieder von dannen. Die Antifademo war vorher massiv durch die Polizei behindert worden, es kam zu 12 Festnahmen. (jW 8.9.)

Peenemünde. 6.9. Am letzten Tag der Wehrmachtsausstellung blockierten nach eigenen Angaben 20 Nazis der „Pommerschen Aktionsfront den Eingang des Objektes. Die Leitung des gastgebenden Historisch-Technischen Informationszentrum schleuste BesucherInnen über einen Nebeneingang in die Ausstellung, die Polizei war anderthalb Stunden lang unfähig, die Birnen zu Gehen zu bewegen.

Merseburg, 4.9. Zum „Tag der Heimat" fanden sich im Merseburger Schlossgartensalon deutsche „Vertriebene" ein und luden dazu OB Reinhard Rumprecht ein. „Als wahre Leidtragende des Krieges" zogen sie über die „Unrechtsdekrete" des damaligen tschechischen Präsidenten Benes her, die die Aussiedlung der Deutschen aus Tschechien nach Kriegsende regelten. Beim „Totengebet" wurde Geschichte verfälscht und umgeschrieben: Eine gewisse Frau Merkel aus dem Publikum betrauerte unter dem Applaus der Merseburger Volksfront die vielen deutschen Toten, die der Krieg gefordert hätte: die Vertriebenen, die auf der Flucht starben, die Frauen, die von Russen vergewaltigt wurden und den „Menschen, die in den KZ´s umkamen, nur weil sie Deutsche waren".
Einige Graffiti-Maler stellten sich dem Volksmob entgegen und bemalten die Außenwände des Schlossgartensalons mit Sprüchen gegen diesen Geschichtsrevisionismus. OB Rumprecht beschwerte sich natürlich über eben diese „Schmierereien" und darüber, daß die „Vertriebenen noch nicht genug anerkannt" seien. (dokumentierter Bericht)
Gera. Zum Prozeßauftakt vorm Landgericht gegen die Brandstifter des Asylbewerberheims Greiz-Irchwitz kamen wie erwartet eine Menge Nazis zum Prozessauftakt. Bis auf eine Ausnahme stammten alle von außerhalb (vermutlich aus Greiz). Einer trug ein T-Shirt mit der Aufschrift "Haftbefehl 88", die Angehörigen eines Angeklagten parkten ihr Auto mit dem Schriftzug "Bratwurscht statt Döner" direkt vor dem Landgericht. Es herrschte ein starkes Medieninteresse, mehrere Kamerateams waren vor Ort, der MDR und Antenne Thüringen sendeten Beiträge. Die Mahnwache wurde gegenüber des Gerichtes abgehalten. Der NPD-Kader Gordon Richter lief mehrere Male an der Kundgebung vorbei, um die Situation auszuloten. Die Nazis provozierten Kameraleute und drohten ihnen.
Weimar, 29.8. Die Weimarer Polizei hat etwa 30 Ruhestörer in Weimar-West vom Straßburger Platz verwiesen. Die Jugendlichen aus Weimar und Umgebung seien dem rechten Spektrum zuzurechnen, hieß es gestern dazu aus der Weimarer Polizeiinspektion. Die Polizei wurde von BürgerInnen alarmiert. Die Personalien der rechten Ruhestörer wurden aufgenommen.
Nossen. EinwohnerInnen Nossens wollen mit einer Unterschriftensammlung gegen die Unterbringung von 50 AsylbewerberInnen in der Stadt protestieren. Sie hätten Angst vor Rauschgiftmissbrauch und Kriminalität. (Sächsische Zeitung 20.8.)
Wolgast. AnwohnerInnen eines ehemaligen Gebäudes der Peene-Weft, das als Flüchtlingsheim genutzt werden soll, drohten dem Bürgermeister mit einem Gerichtsverfahren wegen Wertminderung ihrer Grundstücke. Und den zukünftigen BewohnerInnen wurde von Unbekannten mit einem Graffito gleich noch Mord angedroht: „Lichtenhagen-Solingen-Mölln-Wolgast".

Wieder mal Sebnitz

Aus zweierlei Hinsicht erwartungsgemäß: Der „Tag der Sachsen" ist seit einigen Jahren beliebter Tummelplatz der Nazis in der jeweiligen Region, und der diesjährige Austragungsort **Sebnitz** ließ am **6.9.** aufgrund seines bekannten nationalen Engagements auch Einiges an nationalistischer „Toleranz" erwarten. Und siehe: „Die NPD und Rechtsradikale störten Veranstaltungen in Sebnitz. Am Nachmittag sorgten sie im Sachsen-Club, dem Treff und Diskussionszelt der Landesregierung [!] für Wirbel. Beim Thema "Kampf den Verführern" störten rechtsradikale Zwischenrufer die Debatte immer wieder mit lautem Gebrüll. Moderator Hartwig Hochstein, Chefredakteur unserer Zeitung [der LVZ/DNN], bot einem der Zwischenrufer das Mikrofon [!] für sachliche Fragen an [!], um die Diskussion zu retten[!]. Als dieser jedoch auf die Bühne ging, sich neben den Politikern platzierte und das Gejohle weiterging, verließen die Minister Horst Rasch und Helma Orosz (beide CDU), sowie der Landtagsabgeordneter Peter Adler (SPD) und Jan Buruck von der ‚Aktion Zivilcourage' Podium und Zelt.[!]
Bereits im Vorfeld hatte die sächsische FDP den Organisatoren des ‚Tages der Sachsen' eine ‚politische Instinktlosigkeit' vorgeworfen. Es sei ein Skandal, der NPD einen ‚exponierten Standplatz' in Zentrumsnähe zu geben, hatte der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende Torsten Herbst erklärt. ‚Während sich die Rechtsradikalen öffentlichkeitswirksam inmitten des Festes präsentieren dürfen [!], werden FDP, Grüne und PDS an die absolute Peripherie des Festgeländes verbannt [Ausrufezeichen alle]', sagte Torsten Herbst." (Dresdner Neueste Nachrichten online 8.9.)
Aber in Sebnitz ist das eben kein Skandal, sondern deutsche Normalität.

Urteile gegen Nazis

Neuruppin, 4.9. Im Verfahren um den Mord an dem 16-jährigen Marinus S. im brandenburgischen Potzlow hat ein Psychiater einem der drei Angeklagten verminderte Schuldfähigkeit attestiert. Der als der Haupttäter geltende Marco S. sei Alkoholiker und unterdurchschnittlich intelligent, zitierte der Verteidiger Matthias Schöneburg aus dem Gutachten, das am Donnerstag unter Ausschluss der Öffentlichkeit verlesen wurde. Zum Zeitpunkt der Tat sei der 24-jährige zudem stark betrunken gewesen, sagte er. Es sei deshalb davon auszugehen, dass er eine mildere Strafe erhalte. Vor dem Landgericht müssen sich neben Marco S. auch dessen 18-jähriger Bruder Marcel und der gleichaltrige Sebastian F. verantworten. Ihnen wird vorgeworfen, Marinus S. im Juli vergangenen Jahres stundenlang gequält und dann ermordet zu haben. Die Staatsanwaltschaft rechnet alle drei der rechtsextremen Szene zu.

Jenaer Bomben-Nazis straffrei

Die Jenaer Nazis Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, die 1998 untergetaucht waren, nachdem man bei ihnen Rohrbomben gefunden hatte, können aufatmen. Mittlerweile ist die sogenannte "Verfolgungsverjährung" eingetreten. Da die Straftaten nach damaligem Recht maximal eine Verurteilung zu fünf Jahren Haft gerechtfertigt hätten, dürfen sie auch nicht länger als fünf Jahre verfolgt werden. Danach ist eine Ahndung ausgeschlossen, wenn es nicht zur Anklage gekommen ist. Warum die Geraer Staatsanwaltschaft in diesem Fall keine Anklage erhob, bleibt bis heute im Dunkeln. Immerhin war die Beweislage ausreichend, daß es Haftbefehle gab und international mit Phantombildern gefahndet wurde.

Repression

Berlin. Nach dem Willen von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) soll das Versammlungsrecht verschärft werden. Ziel sei es angeblich, Provokationen durch Neonazis wie bei deren Aufmärschen in Wunsiedel oder Nürnberg künftig zu verhindern, klar ist aber, daß sich auch diese Maßnahme irgendwann gegen alle richten kann und wird. Zugleich kündigte der Minister an, er werde bei der nächsten Innenministerkonferenz im November einen Vorschlag für eine entsprechende Gesetzesänderung vorlegen. (garfield 14.9.)
Osnabrück. Der AZ-Wagenplatz soll demnächst geräumt werden und Verhandlungen über ein Ersatzobjekt wurden der Stadt auf Betreiben der CDU untersagt. Der Platz besteht seit Juli 2002.
Hamburg. Der neue Innensenator der Stadt, Dirk Nockemnan, will jetzt verstärkt bereits bei Minderjährigen DNA-Proben nehmen lassen, wenn sie straffällig würden.
Bereits vor zwei Monaten hatte die Hamburger Innenbehörde den Vorstoß unternommen, Speichelproben von ausnahmslos allen Straftätern, selbst

Schwarzfahrern, nehmen zu wollen. Auch die Innenministerkonferenz der Unionsländer will die DNA-Analyse zum Standardtest bei Straftätern machen.

Juristische Nachspiele des Grenzcamps

Anläßlich des überzogenen Polizeieinsatzes beim Grenzcamp in Köln hat sich eine Soligruppe gebildet. Es soll eine Klage gegen den Polizeieinsatz am 9. und 10.8. in Köln-Poll geben, Unterstützung der von Strafanzeigen Betroffenen soll koordiniert und ein anderes Gesamtbild vom Camp mit Hilfe der Pressegruppe veröffentlicht und somit der Kriminalisierung antirassistischer Praxis entgegengesteuert werden. *Falls ihr betroffen seid, meldet euch bitte beim Leipziger EA.! Die Bullen sind bereits dabei, „Vernehmungsbögen" zu verschicken. Anna und Arthur halten immer noch das Maul und geben den Bütteln auch sonst keinerlei Daten.....*

Kritik = Geld weg

Halle. Ende August hat der Verein Kellnerstraße e.V. Klage gegen eine Entscheidung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle eingereicht. Dieser hatte die einzige Stelle für mobile Jugendarbeit gestrichen: Nachdem am 17.11.2002 die Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag auf dem Gertraudenfriedhof in Halle von 200 Rechtsextremisten als Ausweichort für eine verbotene Veranstaltung in Halbe (Heldengedenken) genutzt worden war, hatte der Kellnerstraße e.V. auf seiner Internetseite wie auch in einem Offenen Brief an die Fraktionen sowie die Oberbürgermeisterin das Verhalten der anwesenden Vertreter von Stadt, Fraktionen, Institutionen und Verbänden kritisiert. Es wurde gefordert, dass es keine gemeinsame Gedenkveranstaltung von Stadt und Neonazis geben dürfe - dass die Anwesenden, auch wenn sie überrascht worden waren, das Veranstaltungskonzept hätten ändern müssen. Keinesfalls sei es akzeptabel, dass die Oberbürgermeisterin bei einem rechtsextremistischen Aufmarsch eine Rede hält.
Diese Kritik war nicht nur auf der Internetseite des Vereins zu lesen, sondern wurde allen Stadtratsfraktionen sowie der Oberbürgermeisterin Frau Häußler in einem Offenen Brief zugesandt. Der Inhalt der Seite ist offizieller Grund für die Streichung der Stelle.

Demo am Flughafen

"Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord", skandierten am **30.August** etwa 40 Mitglieder des Aktionsbündnisses gegen Abschiebung im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens. Anlass für die Demonstration gegen Abschiebung und Abschiebehaft war der neunte Todestag des nigerianischen Flüchtlings Kola Bankole, der am 30. August 1994 an Bord einer in Frankfurt gestarteten Lufthansa- Maschine ums Leben gekommen war. In Halle B des Terminals forderten die DemonstrantInnen, eine Gedenktafel für Flüchtlinge aufzustellen, die während des Abschiebeverfahrens starben. Bereits vor zwei Jahren hatten Mitglieder des Aktionsbündnisses eine solche Tafel am Rhein-Main-Flughafen aufgestellt. Betreiber Fraport hatte diese Tafel aber wieder entfernt. (FR 1.9.)

Gegen „Tag der Heimat"

Rund 300 Menschen demonstrierten gegen der „Tag der Heimat" des revanchistischen „Bundes der Vertriebenen" am **6.September** in **Berlin.** Besonders richteten sich die Proteste gegen das vom BdV geplante „Zentrum gegen Vertreibung", mit dem die deutschen Täter – etwa die 5.Kolonne Hitlers in der damaligen CSR, die „Sudetendeutschen" – zu Opfern stilisiert werden sollen und das gezielt als Gleichsetzung zum Holocaustdenkmal konzipiert ist.
Auch 116 Wissenschaftler aus mehreren Ländern haben sich in einem Aufruf gegen das Zentrum ausgesprochen. (FR 4.9.)

Aktionstage gegen Ausreisezentrum in Fürth

Vom **12.** bis **14.September** fanden sich mehrere Hunderte Menschen zu einem Action Camp gegen das „Ausreisezentrum" **Fürth** zusammen. Sie protestierten gegen die Internierung und diskriminierende Behandlung der Flüchtlinge, die darin zur Ausreise gezwungen werden sollen. An einer Demo am 13.September nahmen 700 Leute teil, unter ihnen auch viele Flüchtlinge, die dadurch bewußt gegen die Residenzpflicht verstießen.
Am Abschiebelager gelang es DemonstrantInnen, den Zaun des Geländes einzureißen, woraufhin die Polizei Pfefferspray und Schlagstöcke einsetzte und sechs Personen festnahm.

BKA razzt JAP-Betreiber

Offensichtlich, um im Widerspruch zu einem Beschluß des Landgerichts Frankfurt/M. (Gamma 15/03) doch noch zu ihren Daten zu kommen, tauchten BKA-Beamte mit einem Durchsuchungsbefehl bei einem Verantwortlichen der TU Dresden auf. Sie verlangten die Herausgabe der Protokolldatei, deren Erstellung sie gerichtlich erzwungen hatten, was vom Landgericht jedoch als rechtswidrig eingeschätzt wurde. Diese Entscheidung ignorierend, stellte das Amtsgericht Frankfurt dem BKA den gewünschten Durchsuchungsbefehl aus. Die renitenten Schnüffler bekamen ihre Datei, da der Verantwortliche eine Durchsuchung der TU und damit Schaden von ihr abwenden wollte.
Damit befindet sich das BKA im Besitz einer rechtswidrig erzwungenen Datei, die sie nach momentaner Lage ger nicht besitzen dürften – und die auch nur einen einzelnen Eintrag enthält.
JAP ermöglicht anonymes Surfen im Internet. Mehr Infos: www.heise.de und www.anon.inf.tu-dresden.de

Kalenda

20.9.: Naziaufmarsch in Dortmund
20.9.: Antifademo in Senden (15/03)
27.9.: Nazikonzert in Naunhof (15/03+hier)
3.10.: Naziaufmarsch in Leipzig (10/03)
18.10.: Naziaufmarsch in Erfurt (15/03)
24.-26.10.: Nazi-Treffen mit Deckert im Harz (14/03)

· Neue Termine ·

Demo gegen Vertriebenendenkmal

Gegen den Bund der Vertriebenen, die Gesellschaft für bedrohte Völker und deren Projekt „Zentrum gegen Vertreibung" richtet sich eine überregionale Demo in **Göttingen** am **20.September**. Ziel des „Zentrums" ist hauptsächlich die Gleichsetzung der deutschen TäterInnen mit ihen Opfern. Beginn der Demo ist 14 Uhr am Platz der Synagoge. Mehr Infos: www.nadir.org/nadir/initiativ/aam

Naziveranstaltung bei Erfurt

Vom **26. - 28.September** soll eine Veranstaltung der Zeitschrift Deutsche Geschichte (Produkt des Naziverlages VGB Sudholt) in **Erfurt** stattfinden unter dem Motto "USA - Die maßlose Weltmacht".

Naziveranstaltung bei Gotha

Laut Ankündigung der Deutschen Partei, Landesverband Thüringen, dessen Landesvorsitzender der DVU'ler Kurt Hoppe und "Jugendbeauftragter" Michael Burkert vom ehemaligen NSAW und "Aktionsbüro Thüringen" ist, findet die „IV. Thüringer Saalveranstaltung Deutscher Patrioten" am Sonnabend, den **27.September** in der Nähe von **Gotha** um 15 Uhr statt.

Ausstellungs-Start

Unter dem Motto „Ihr seid nicht vergessen!" beginnt im Brühl 74 in Leipzig am **1.Oktober** eine Ausstellung über Frauen im Konzentrationslager Uckermark. Zur Eröffnung gibt es eine Startveranstaltung

inklusive Führung mit einer Mitarbeiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Beginn ist 19.30 Uhr. Mehr Infos über AFBLeipzig@web.de
Im Rahmen der Ausstellung findet am **8.Oktober** eine Diskussionsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Zeitschrifz Phase 2 statt, Thema: Erinnern in der Gesellschaft der TäterInnen – Kollektives Gedächtnis und Volksgemeinschaft". Beginn ist ebenfalls 19.30 Uhr, Ort derselbe.

Demo gegen Deutschland

Am **2.10.**, dem Vorabend des 3.Oktober gibt's in **Bad Homburg** bei Frankfurt/Main eine Demo mit dem Motto: „Gegen Antisemitismus und Arbeitswahn – Revolution statt Deutschland". Beginn 18 Uhr Bahnhof.

„Deutschland verrraten!"

und „Kapitalismus abschaffen!" sind die Motti der bundesweiten Demonstration gegen den „Tag der deutschen Einheit". Sie beginnt am **3.Oktober** um 16 Uhr am Hackeschen Markt in **Berlin**. Aufruf und weitere Infos findet Ihr unter www.delete-germany.com

Naziaufmarsch in Braunschweig

Für den **18.Oktober** mobilisieren NPD und Freie Kameradschaften zu einem Aufmarsch unter dem Motto „Heimreise statt Einwanderung" Die Nasen treffen sich 12 Uhr am Hauptbahnhof.

Demo „Weg mit §129a!"

Anläßlich des Verfahrens der Bundesanwaltschaft gegen etliche Leute in Magdeburg, von denen drei seit fast einem Jahr im Knast sitzen, findet am **25.Oktober** eine bundesweite Demo gegen den §129a statt. Die drei sitzen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" ein. Mehr Infos unter www.soligruppe.de

Aktion gegen gegen Nazigedenken in Halbe

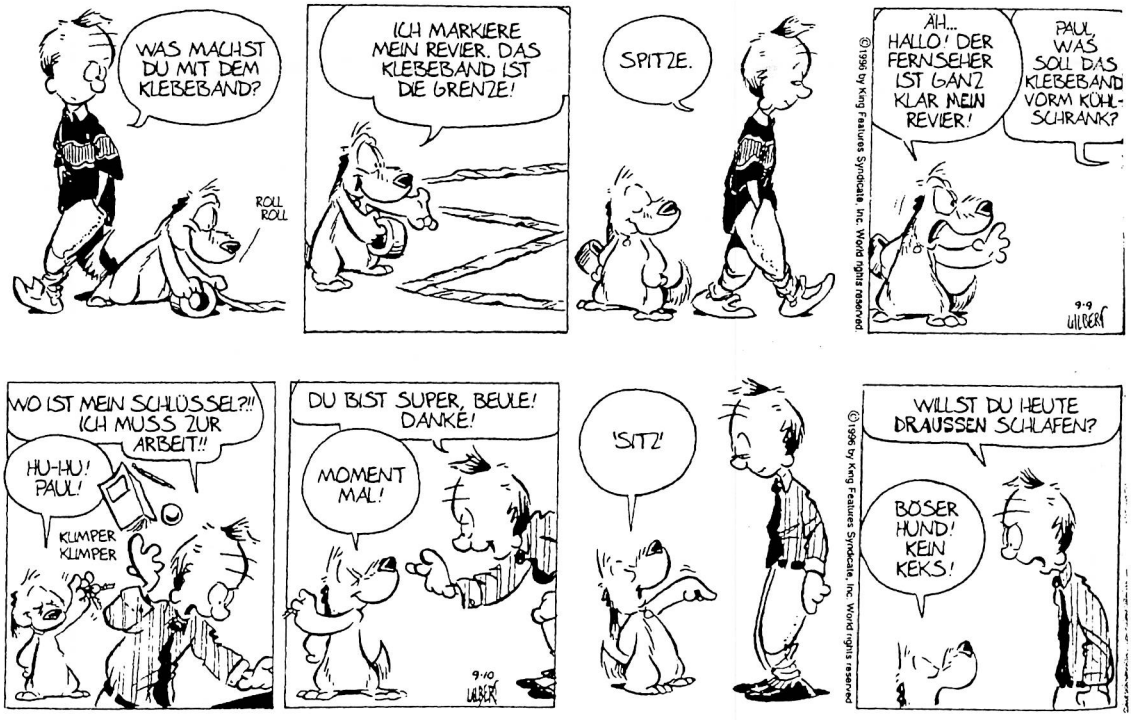
Für den **15.November** haben die Nazis dieses Jahr ihre Gedenkveranstaltung am Soldatenfriedhof angemeldet. – Dagegen gibt es eine antifaschistische Kundgebung: Los geht's um 11 Uhr am Waldfriedhof Halbe. Mehr Infos: www.redhalbe.de.vu

Demo gegen Volkstrauertag

Im letzten Jahr trafen sich auf dem **Hallen**ser Gertraudenfriedhof Vertreter der Stadt zusammen mit 200 Nazis, um anläßlich des Volkstrauertages Reden zu halten und Reden zu schwingen.
Am diesjährigen **16.November** findet gegen diese Zustände und den Volkstrauertag im Allgemeinen eine Demo statt. Motto: Don't worry (...be happy) – Gegen den deutschen Opfermythos! Volkstrauertag abschaffen! Mehr dazu später...

Gegen Naziaufmarsch in Halle

Unter dem Motto „Deutsche Täter sind keine Opfer!" wird in Halle zur Verhinderung eines Naziaufmarschs am **29.November** aufgerufen. Die Birnen wollen wieder eimal gegen die Wehrmachtsausstellung aufmarschieren.



das antifa infotelefon leipzig:
info-output: [tel] 0341-3068235 - [web] www.free.de/infotelefon
info-input: [tel+fax] 0341-3068237 - [mail] infotelefon@firemail.de - [post] IT / PSF 101417 / 04014 Leipzig
GAMMA ist in Leipzig zu haben im B12, Conne Island, Infoladen, Linxxnet und in der Lichtwirtschaft.

links:
Infotelefon GARFIELD (Rhein-Neckar-Raum): 06272-3559. Antifa-Infotelefon Berlin: 030-275 6075 6. Termine auch unter: www.left-action.de